

K. 1914 91

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags-Redaktion: Elbgaupresse Dresden Nr. 51202
Lfd. Nr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Post-Rote: Elbgaupresse Dresden, Straßte Dlasewitz Nr. 606
Postfach-Rote: Nr. 512 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pilsnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse Dresden und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drahe, für den übrigen Inhalt Eugen Berner, beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Simk, Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Lager-Börse, Radio-Zeitung, Anzeigen werden die 6spaltige Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gespaltene Zeile mit 30 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Sacharten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inseratsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitungspreis in Höhe von 10% zuzüglich Rabattsanspruch erstattet. d. verpfl. Zahlung. Keine ab. Kontos d. Auftraggeber.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
87. Jahrgang

Eine Denkschrift über die Preissenkungsaktion Belgiens und Italiens Antwort

Neue Hoffnungen der Regierung

Die Reichsregierung gibt in einer umfangreichen Denkschrift eine zusammenfassende Darstellung über ihre Maßnahmen zur Preissenkung. Diese Maßnahmen sind zum Teil durchgeführt, zum Teil in der Durchführung begriffen. Weitere werden vorbereitet. Die Denkschrift besagt:

Mit Rücksicht auf die Ermäßigung der Umsatzsteuer von 1% auf 1 Proz. am 1. Oktober ist bei allen in Betracht kommenden Wirtschaftsverhältnissen auf eine einheitliche Preissenkung hingewirkt worden. Die Spitzenorganisationen haben ihr Ausgezeichnetes in vielen Fällen zur Zuzunahme von beabsichtigten Preisrückführungen und zu Preisberichtigungen geführt.

Mit Wirkung vom 1. Oktober sind weitere Preisrückführungen zum Teil erfolgt. Aber das durch die Herabsetzung der Umsatzsteuer bedingte Maß hinaus geschritten.

Verhandlungen wegen anderer Preisberichtigungen schweben. Wegen einer Reihe von Verbänden, die nach Auffassung der Regierung unzureichende Preisberichtigungen in letzter Zeit beschließen haben, wurde mit den Mitteln der Kartellverordnung vorgegangen. Den Verbänden im Kartellwesen wird mit aller Schärfe begegnet. Eine Reihe von Klagen vor dem Kartellgericht ist angehängt, um die Kartellierung in fremder Währung und die „Freiheitsbewegungen“ zu beseitigen. Andere Klagen, die sich gegen gewisse Treuerabattbestimmungen und Preisbindungen der Abnehmerchaft richten, werden demnächst folgen. Etwa 65 bedeutendere Verbände erklärten sich freiwillig bereit, künftig nur in Reichsmark zu fakturieren. Eine fast gleich hohe Zahl verzichtete auf die „Freiheitsbewegungen“ und ging zu Festpreisen über. Bei weiteren Verbänden sind Treuerabattbestimmungen für die Abnehmerchaft beseitigt oder auf ein für die Allgemeinheit unerschütterliches Maß zurückgeführt. Die Staats- und Ministerpräsidenten der Länder haben zugesagt, die Reichsregierung bei der Überwachung der Kartelle, Verbände usw. zu unterstützen.

Auf dem Gebiet der Ernährung muß hervorgehoben werden, daß wichtige Lebensmittel, wie Getreide und Kartoffeln, im Preise im Verhältnis zum Teuerungsindex nicht niedrig stehen. Der Brotpreis für 1 Kilo sank in Berlin von 40 Pf. Anfang März bis auf 35 Pf. Verhandlungen über die weitere Anpassung des Brotpreises an den in- und ausländischen Mehlpreis sind im Gange. Die Fleischpreise unterliegen fortgesetzter Kontrolle. Der Berliner Fleischgroßhandel hat sich bereit erklärt, keine besondere Spannung mehr zwischen dem Marktpreis für Schlachtvieh und dem Großhandelspreis für Fleisch zu berechnen. Für Badenweiler hat die mittlere Preisprüfstelle Berlin-Brandenburg nach eingehenden Verhandlungen den Zuschlag für Frischfleisch und Wurst zusammen auf höchstens 20 Proz. für Frischfleisch allein auf höchstens 15 Proz. festgesetzt. Der Verkauf von vollreife Geflügelfleisch erfolgt vom 1. Oktober ab unter Überwachung durch die Gemeinden. Die Margarineindustrie erklärte sich bereit, die bisherigen Bindungen des Kleinhandels an feste Verkaufspreise fallen zu lassen. Der Zucker neuer Ernte wird im Preise ermäßigt werden. Die Staats- und Ministerpräsidenten der Länder haben auch diesen Maßnahmen ihre volle Unterstützung zugesagt.

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft erklärt die leicht ästhetischen Frachtklassen für die wichtigsten Lebensmittel vom 1. Oktober ab um 10 Proz. Außerdem sollen demnächst ermäßigte Frachtklassen für Getreideexporte aus Ostpreußen nach dem übrigen Deutschland eingeführt werden. Mit den Kommunen werden Verhandlungen wegen der Preise für Wasser, Elektrizität usw. aufgenommen werden. Bei Vergabung von öffentlichen Aufträgen wurde der freien Konkurrenz durch entsprechende Anweisung an die Reichsbehörden wieder zur Geltung verholfen.

Belgiens und Italiens Antwort

In Beantwortung der Mitteilung des deutschen Gesandten erklärte der belgische Außenminister, die belgische Regierung sei glücklich, die Note zu erhalten, nach der die Reichsregierung die Einladung zur Sicherheitspaktkonferenz annehme, die am 6. Oktober in Locarno stattfinden, und stellte mit Genugtuung fest, daß die Note keinen Vorbehalt enthalte. Was die Erklärungen anbetreffe, die bei der Uebersetzung der Note abgegeben wurden, ohne jedoch Bedingungen für die Annahme Deutschlands zu sein, so erklärte die belgische Regierung, daß in den Fragen der Räumung der Aalster Zone und der Entwaffnung Deutschlands es von der deutschen Regierung selbst abhängen, ihre Lösung durch die Erfüllung der Verpflichtungen zu beschleunigen, an die die Note vom 4. Juni 1925 sie erinnerte. Die Frage der Kriegsverantwortlichkeit Deutschlands sei durch den Plan eines Sicherheitspaktes nicht aufgeworfen worden. Im übrigen sei sie, was Belgien anbetreffe, nicht nur durch den Versailler Vertrag, sondern auch durch die Erklärungen des Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg im Reichstag am 4. August und am 1. September 1924 geregelt.

(Das letzte Zurückkommen der belgischen Regierung auf jene unglückliche Rede Bethmann-Hollwegs vermag nichts in dem Sinne zu beweisen, als ob Deutschland die Schuld im Kriege auf sich geladen hätte. Im übrigen besagen die zahlreichen Aktenveröffentlichungen zur Genüge, wer wirklich die Schuld am Kriege trug.)

Wie die Agenzia Stefani meldet, wurde die italienische Regierung, die zugleich mit

Aufgaben der Presse

Zur politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Neuzeit gehört, das wird niemand zu bestreiten wagen, auch die Presse. Ihr fällt die bedeutsame Aufgabe zu, Beglückter und Wegbereiter zu sein, — der Mittler zwischen Vergangenheit und Zukunft, die lebendige Brücke auch zwischen Staatsbürger und Staat. Gerade ein Zeitalter des Parlamentarismus, wie wir es jetzt durchleben und worauf wir so stolz sind, ist ohne Presse ganz undenkbar. Politik, Kultur und Presse, diese drei gehören nun einmal zusammen.

Ministerrat in Berlin

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers wurde gestern Abend ein Ministerrat abgehalten, der sich mit den für die Konferenz von Locarno notwendigen Vorbereitungen beschäftigte. Ferner sollen dem „Berlin, Kofalana“ zufolge verschiedene Punkte der Entwaffnungsfrage besprochen worden sein.

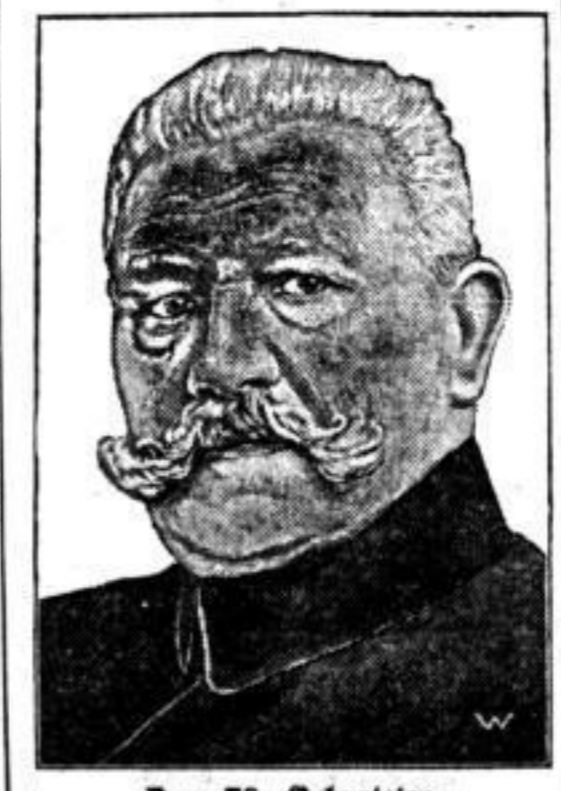
Schiffserin bei Stresemann

Der gestern in Berlin eingetroffene russische Außenminister Schiffscherin sollte abends mit dem russischen Botschafter in Berlin, Krelinki, einer Einladung zum Abendessen beim Reichsaußenminister Stresemann, an dem auch Beamte des Auswärtigen Amtes, Diplomaten, Politiker und Wirtschaftler teilnahmen.

Industrie und Fakturierungsfrage

Der geschäftsführende Ausschuss und der große Ausschuss der Kartellstelle des Reichsverbandes der deutschen Industrie haben am Mittwoch folgende Richtlinien in der Fakturierungsfrage beschlossen. Der Reichsverband der deutschen Industrie empfiehlt seinen Mitgliedern die Preisstellung und Fakturierung in Reichsmark. Soweit besondere Verhältnisse eine Preisstellung in Goldmark zurzeit noch nicht unbedingt erscheinen lassen, wird die Goldmarkklause in Verbindung mit Feingold ge-

maß den bisherigen Beschlüssen des Reichsverbandes der deutschen Industrie empfohlen. In denjenigen Ausnahmefällen, in denen eine Preisstellung in Fremdwährung unerlässlich erscheint, ist eine besondere Verständigung mit dem Reichsverband notwendig, wobei der Reichsverband zur Vermittlung zur Verfügung steht. Der Reichsverband hält die Ausübung des Kartellzwanges mit dem Ziele, die Preisstellung in Reichsmark zu verbieten, für unzulässig.



Zum 78. Geburtstag des Reichspräsidenten von Hindenburg

Der Mensch wird heute in seiner ganzen Arbeit und Haltung durch jene drei Kreise bestimmt, in die er hineingestellt ist; drei Kreise, die einer zwar aus dem anderen gewachsen, in ihren wesentlichen Grundfragen jedoch verschieden geartet sind und unterschiedliche Anforderungen an den Einzelnen stellen.

„Das sprechende Band, das den Einzelnen mit Staat und Welt verknüpft“, sagte ein Denker, „ist die Presse“. Und hier auf dem politischen Gebiete liegt ihre erste Aufgabe; soll sie doch Mittler sein zwischen Staatsbürger u. Staat, und nicht zum letzten auch zwischen den Staaten untereinander. Wie anders könnte das Interesse der ganzen Welt auf die Notlage Deutschlands gerichtet werden, als durch eine zielbewusste deutsche Presse, die sich in ihrem Grundsatze, dem Staatswohl zu dienen, zum Dolmetsch des notleidenden Volkes gemacht hat. Gehört es nicht weiter zu den vornehmsten Aufgaben der deutschen Presse, in der Zerfahrenheit unserer Zeit die Richtung zu geben für große und hohe Ziele, und den Glauben an die Erneuerung unseres Staatslebens zu stärken und zu festigen?

Hat unsere Presse durch die politische Ohnmacht des Deutschen Reiches erhöhte politische Bedeutung gewonnen, so ist auch ihr kulturelles Schwergewicht bedeutend gewachsen. Unsere empfindliche Verarmung hat die Herstellung und den Kauf von Büchern erheblich beeinträchtigt; infolgedessen ist die Zeitung, und gerade auch ihr nicht politischer Teil, für Millionen schon zur wichtigsten Quelle geistiger Nahrung geworden; ja, man wird behaupten dürfen, daß sie für die Mehrzahl der Menschen das einzige Bindeglied zur Allgemeinheit darstellt; wie unendlich viele sind darauf angewiesen — und sie sind zum Teil durchaus zufrieden damit — ihre Kenntnisse nur aus den Berichten der Tagespresse zu schöpfen und eben aufgrund dieser Berichte ihre Urteile über alle Dinge zu fällen, die nicht im Bereiche ihres Schreißes liegen. Nach tausenden zählen die Kanäle, durch welche die deutsche Presse alljährlich kulturelles Wissen verbreitet, und sie erfüllt damit eine doppelte Aufgabe, denn sie stärkt dadurch neben der Verfestigung bestimmter Kulturinteressen den kulturellen Zusammenhang des Volkes. Das ist um so wichtiger, weil wir Deutschen heute durch unser herbes Geschick ein doppeltes Leben zu führen haben, das eine als Staatsnation in der sichtbaren politischen Existenz unseres Reiches, das andere als Kultur nation in dem weit über unsere politischen Grenzen hinausragenden Reiche einer geistigen Existenz, die uns blutsverwandt oder geistlich verwandt ist.